Geschrieben von: Lorenz
Donnerstag, den 12. März 2020 um 09:56 Uhr

"Klarheit für die betroffenen Mitarbeitenden"

Hamelner Kreisverwaltung sieht keine Veranlassung die Entscheidung der Staatsanwaltschaft Detmold zu kommentieren

Donnerstag 12. März 2020 - Hameln (wbn). **Die Hamelner Kreisverwaltung enthält sich jeglicher Kommentierung der Entscheidung seitens der Staatsanwaltschaft Detmold die vierzehn Ermittlungsverfahren im Zusammenhang mit dem Missbrauchsskandal auf dem Campingplatz bei Lügde einzustellen.**

Sandra Lummitsch, Landkreissprecherin in Hameln, erklärte heute auf Anfrage der Weserbergland-Nachrichten.de: "Nachdem die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft nun abgeschlossen sind herrscht jetzt Klarheit für die betroffenen Mitarbeitenden.

Fortsetzung von Seite 1

Von hier aus besteht keine Veranlassung, die gefassten Verfahrensbeschlüsse inhaltlich zu kommentieren."